

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr** der Stadt Burgdorf am **27.04.2023** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

19.WP/A-WALV/018

Beginn öffentlicher Teil: 17:02 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 19:04 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:03 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 19:21 Uhr

ANWESENHEIT:

Bürgermeister

Pollehn, Armin

Vorsitzender

Braun, Hartmut

Mitglied/Mitglieder

Gawlik, Mario

Hinz, Arne

ab TOP 3.1 bis TOP 9

Müller, Malte

Paul, Susanne

ab TOP 2

Schweer, Cord-Heinrich

Sund, Björn

Grundmandatar/e

Fleischmann, Michael

ab TOP 2

stellv. Mitglied/Mitglieder

Köneke, Klaus

Vertretung für Frau Ariane Thieleking

Neitzel, Beate

Vertretung für Herrn Robert Apel
(bis TOP 8)

stellv. Grundmandatar/e

Kaefer, Volkhard, Dr.

Vertretung für Herrn Dirk Bierkamp

Beratende/s Mitglied/er

Wackermann, Lutz

Wortmann, Thomas

bis TOP 8

stellv. Beratende/s Mitglied/er

Obst, Wolfgang

Vertretung für Herrn Stefan Auerbach

Mitglied des Rates

Wendt, Jörgen

zu TOP 8

Verwaltung

Fritz, Petra

Frommelt, Danielle

Krause, Julia

Warneke, Karen

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 16.03.2023
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 3.1. Sachstandbericht Verkehrsversuch
Vorlage: M 2023 0400/2
4. Ausbauprogramm für die Schulstraße (Teilstück von der Gartenstraße bis zur Hannoverschen Neustadt)
Vorlage: BV 2023 0468
5. Antrag der FDP-Fraktion zur Aufstellung einer zusätzlichen Leuchte im Bereich der Querung zur Auffahrt auf die B443/Schillerslager Landstraße
Vorlage: A 2022 0377
- 5.1. Antrag der FDP-Fraktion zur Aufstellung einer zusätzlichen Leuchte im Bereich der Querung zur Auffahrt auf die B443/Schillerslager Landstraße - Ergänzende Informationen
Vorlage: M 2022 0377/1
6. Antrag Die Linke zur Radwegeverbindung zwischen City und Weststadt / Aus- bzw. Einfahrt am Finanzamtunnel begradigen
Vorlage: A 2023 0410
- 6.1. Antrag Die Linke zur Radwegeverbindung zwischen City und Weststadt / Aus- bzw. Einfahrt am Finanzamtunnel begradigen - Ergänzende Informationen
Vorlage: M 2023 0410/1
- 6.2. Antrag Die Linke zur Radwegeverbindung zwischen City und Weststadt / Aus- bzw. Einfahrt am Finanzamtunnel begradigen - Ergänzende Informationen (Teil 2)
Vorlage: M 2023 0410/2
7. Antrag der Gruppe SPD und Bündnis 90/Die Grünen- Die Stadt Burgdorf unterzeichnet das als Anlage beigefügte Positionspapier der Städteinitiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten" und bittet in die Liste der Unterstützerinnen und Unterstützer aufgenommen zu werden
Vorlage: A 2023 0475
8. Halte- und Parkverbot Marktstraße, Einrichtung gebührenpflichtiger Parkplätze, Kontrolle Höchstgeschwindigkeit - Antrag Die Linke vom 02.04.2023
Vorlage: A 2023 0483
9. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
10. Anregungen an die Verwaltung

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Braun**, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Beschluss:

Die Tagesordnung wurde in der diesem Protokoll vorangestellten Form genehmigt.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 16.03.2023

Herr A. Hinz war zur Abstimmung über das Protokoll noch nicht anwesend.

Einstimmig (4 Jastimmen und 4 Enthaltungen) fasste der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Das Protokoll vom 16.03.2023 wird genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mündliche Mitteilungen wurden nicht vorgetragen.

3.1. Sachstandbericht Verkehrsversuch Vorlage: M 2023 0400/2

Die Nachricht, dass die Stelle besetzt werden konnte, wurde erfreut zur Kenntnis genommen. Allerdings waren die Ausschussmitglieder verwundert darüber, dass die Planung noch nicht weiter vorangeschritten sei.

Frau Frommelt erläuterte, dass das Büro ausgelastet und man froh sei, dass mit der Parkraumerhebung schon so kurzfristig begonnen werden kann. Im Hintergrund konnten schon Vorbereitungen gemacht werden, aber erst mit Stellenbesetzung und Auftragsvergabe könne richtig begonnen werden. Details würden nun abgestimmt und parallele Arbeitsschritte könnten geplant werden, teilte sie mit. Als groben Zeitplan stellte **Frau Frommelt** in Aussicht, könne mit dem Verkehrsversuch im Sommer bzw. nach den Sommerferien begonnen werden.

Die Ausschussmitglieder stellten klar, dass der Verkehrsversuch für sie oberste Priorität hätte. Es wurde darum gebeten, einen Zeitplan vorzulegen.

Frau Frommelt teilte mit, dass dieser auf Grund der personellen Situation bisher nicht erstellt worden sei. In der nächsten Sitzung würde jedoch Herr Mazur vom Büro PGT teilnehmen und zum Stand des Mobilitätskonzeptes berichten. Fragen zum Verkehrsversuch könne er dann ebenfalls beantworten.

Die Ausschussmitglieder nahmen die Mitteilung zur Kenntnis.

**4. Ausbauprogramm für die Schulstraße (Teilstück von der Gartenstraße bis zur Hannoverschen Neustadt)
Vorlage: BV 2023 0468**

Herr A. Hinz erkundigte sich, wie hoch die geplanten Sandsteinblöcke seien (Anlage 4 der Vorlage). **Frau Warneke** antwortete, dass diese in etwa Sitzhöhe hätten.

Herr Braun fragte nach, warum die Schulstraße zur Gartenstraße hin Rampensteine erhalten solle. Diese gäbe es in der Nordstraße nicht. **Frau Warneke** erläuterte, dass dies für den niveaugleichen Gehweg erforderlich sei. Es würden aber nicht solche Rampensteine verwendet, wie sie in Sorgensen verbaut wurden.

Herr Wackermann regte an, im Sinne der Barrierefreiheit auch zu den Grundstücksgrenzen ein Leitelement einzubauen, insbesondere vor Haus Nr. 36. Die Einfassung mit Tiefborden sei oftmals nicht ausreichend. **Frau Warneke** teilte mit, dass die Barrierefreiheit beim Ausbau berücksichtigt und die Anregung dazu gerne aufgenommen werde.

Einstimmig fasste der Ausschuss folgenden empfehlenden

Beschluss:

Der Ausbau der „Schulstraße“ soll, wie im Ausbauprogramm dargestellt, erfolgen.

**5. Antrag der FDP-Fraktion zur Aufstellung einer zusätzlichen Leuchte im Bereich der Querung zur Auffahrt auf die B443/Schillerslager Landstraße
Vorlage: A 2022 0377**

Die Tagesordnungspunkte 5 und 5.1 wurden gemeinsam beraten.

Herr Sund fand, dass die Ergänzungsvorlage viele Informationen enthielt. Eine zusätzliche Leuchte würde nicht nur Vorteile bringen, sondern auch Nachteile, so dass eine Abwägung erfolgen müsste. Er sei der Meinung, dass eine zusätzliche Leuchte nicht mehr Sicherheit bringe und daher lehne er den Antrag ab.

Herr Köneke teilte mit, dass die vorhandene Leuchte schon verbessert

worden sei und als ausreichend angesehen wurde. Eine weitere Leuchte für 23.000 € aufzustellen, würde in einem Missverhältnis stehen, weshalb er den Antrag ablehne.

Es handele sich um eine viel befahrene Stelle, an der Kinder geschützt werden müssten, fand **Herr Gawlik**. Zu dem gehörten solche Maßnahmen zu einer fahrradfreundlichen Kommune.

Für **Herrn Fleischmann** war nicht ersichtlich, warum eine bessere Ausleuchtung zu einer Einschränkung führt. Der Radweg sei nicht vernünftig geplant worden.

Der Ausschuss fasste mehrheitlich folgenden ablehnenden

Beschluss:

Es soll keine zusätzliche Leuchte im Bereich der Querung zur Auffahrt auf die B443/Schillerslager Landstraße aufgestellt werden.

Mit 1 Ja- und 8 Neinstimmen wurde der Antrag abgelehnt.

- 5.1. Antrag der FDP-Fraktion zur Aufstellung einer zusätzlichen Leuchte im Bereich der Querung zur Auffahrt auf die B443/Schillerslager Landstraße - Ergänzende Informationen**
Vorlage: M 2022 0377/1
-

Siehe TOP 5

- 6. Antrag Die Linke zur Radwegeverbindung zwischen City und Weststadt / Aus- bzw. Einfahrt am Finanzamtunnel begradigen**
Vorlage: A 2023 0410
-

Es hat eine ausführliche Diskussion zu dem Antrag sowie den ergänzenden Informationen stattgefunden.

Die Ausschussmitglieder fanden, dass zunächst die Umsetzung von kleinen Maßnahmen, wie z. B. eine verbesserte Beleuchtung, geprüft werden sollte. Weiterhin sei seitens der Verwaltung ein Angebot für einen Planungsauftrag einzuholen.

Beschluss:

Die Entscheidung über den Antrag wurde vertagt.

- 6.1. Antrag Die Linke zur Radwegeverbindung zwischen City und Weststadt / Aus- bzw. Einfahrt am Finanzamtunnel begradigen - Ergänzende Informationen**
Vorlage: M 2023 0410/1
-

Siehe TOP 6

6.2. Antrag Die Linke zur Radwegeverbindung zwischen City und Weststadt / Aus- bzw. Einfahrt am Finanzamtunnel begradigen - Ergänzende Informationen (Teil 2)
Vorlage: M 2023 0410/2

Siehe TOP 6

7. Antrag der Gruppe SPD und Bündnis 90/Die Grünen- Die Stadt Burgdorf unterzeichnet das als Anlage beigefügte Positionspapier der Städteinitiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten" und bittet in die Liste der Unterstützerinnen und Unterstützer aufgenommen zu werden
Vorlage: A 2023 0475

Herr Müller erläuterte seinen Antrag und teilte mit, dass inzwischen weitere Kommunen der Initiative beigetreten seien.

Es wurde darüber diskutiert, welchen Nutzen Burgdorf von dieser Initiative hätte. Schließlich gäbe es schon viele Bereiche, in denen Tempo 30km oder sogar 20km gelte. Ein Vorteil wäre, dass die Kommune selbst entscheiden könne, wo sie solche Geschwindigkeitsbeschränkungen aufstellt. Allerdings würde in Burgdorf die Verkehrsbehörde entscheiden und somit die Region Hannover.

Die Ausschussmitglieder fassten mehrheitlich (5 Ja- und 3 Neinstimmen, 1 Enthaltung) folgenden empfehlenden

Beschluss:

Die Stadt Burgdorf unterzeichnet das der Vorlage A 2023 0475 beigefügte Positionspapier der Städteinitiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ und bittet in die Liste der UnterstützerInnen aufgenommen zu werden.

8. Halte- und Parkverbot Marktstraße, Einrichtung gebührenpflichtiger Parkplätze, Kontrolle Höchstgeschwindigkeit - Antrag Die Linke vom 02.04.2023
Vorlage: A 2023 0483

Herr Wendt stellte seinen Antrag vor und erläuterte diesen.

Es erfolgte eine ausführliche Diskussion zum Antrag. Problematisch sei die Kontrolle. Alleine am Gewicht könne man ein solches Halte- und Parkverbot wohl nicht festlegen. Zudem würden unter diese Regelung auch Kleinbusse und Pickups fallen. Mobilitätseingeschränkte Personen, die solche Fahrzeuge fahren, wären ebenfalls von dem Verbot betroffen oder müssten eine Ausnahmegenehmigung besitzen. Ebenso Mütter mit Kindern. Dies wurde nicht befürwortet.

Der Antrag enthalte Gedanken, wie die Innenstadtqualität verbessert werden könne. Die Themen passten in die bereits angeschobenen Projekte „Mobilitätskonzept“ und „Verkehrsversuch“.

Frau Frommelt erläuterte, dass die Inhalte des Antrages nicht zielführend seien. Lediglich SUV aus der Innenstadt herauszunehmen verbessere die Situation nicht. Das weitere gebührenpflichtige Parkplätze auf dem Schützenplatz eingerichtet werden könnten, steht nicht im Konsens mit SUVs. Wenn dies gewünscht sei, sollte dies unabhängig von dem Parkverbot in der Marktstraße erfolgen. Eine lückenlose Geschwindigkeitskontrolle könne nicht erfolgen. Zumal diese Kontrollen durch die Polizei oder die Region Hannover erfolgen müssten. Jedoch könne der Smiley mal wieder in der Marktstraße aufgestellt werden.

Es wurde vorgeschlagen, dass der Antrag im Rahmen der bestehenden Verkehrsprojekte betrachtet wird. **Herr Wendt** erklärte sich damit einverstanden.

Der Antrag wurde zurückgestellt. Eine Abarbeitung der enthaltenen Fragen / Problemstellungen solle im Rahmen der Verkehrskonzepte (Verkehrsversuch bzw. Mobilitätskonzept) erfolgen.

9. **Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

Es lagen keine Anfragen vor.

10. **Anregungen an die Verwaltung**

1. Herr Müller stellte Nachfragen zu den Antworten, welche über das Protokoll der letzten Sitzung mitgeteilt wurden. Bei der Bike&Ride- Anlage Ehlershausen bat er darum, zu den provisorischen Möglichkeiten auf der Ostseite, doch noch übergangsweise auf der Westseite Abstellmöglichkeiten zu schaffen. Zu der Parkhaussanierung fragte er, ob dies zeitlich bis 2026 machbar sei, da bis dahin Maßnahmen im Rahmen der Förderung abgeschlossen sein müssten.

Antwort über Protokoll:

Bike&Ride-Anlage:

Auf der Westseite stehen während der Baumaßnahme Fahrradabstellplätze an der Sammelschließanlage Bussardweg zur Verfügung. Dort sind Fahrradbügel vorhanden, die frei zugänglich sind. Eine provisorische Anlage ist daher aus Sicht der Fachabteilung auf der Westseite nicht erforderlich.

Parkhaussanierung:

Verbesserungen, ggf. Erweiterungen, der bestehenden Fahrradabstellanlagen im Parkhaus sollen im Rahmen der Sanierung des Parkhauses im Rahmen der Städtebauförderung erfolgen. Das Projekt wird federführend von der Abteilung Gebäudewirtschaft bearbeitet.

2. Herr Müller fragte, ob im Mobilitätskonzept auch Protected Bike Lanes (breite geschützte Radstreifen) berücksichtigt seien. **Frau Frommelt** erläuterte, dass dies eine Einzelfallentscheidung sei. Es käme immer auf die Örtlichkeit an und müsse bei jeder Baumaßnahme betrachtet werden.

3. Herr Gawlik erkundigte sich nach der neuen Fahrradabstellanlage am Bahnhof. Wenn diese fertiggestellt sei, könne es zu einer Gefahrenquelle kommen,

wenn die Nutzer auf kurzem Wege die Fahrbahn queren. **Frau Frommelt** antwortete, dass es zwei gesicherte Querungsmöglichkeiten in unmittelbarer Nähe gäbe.

4. Herr Dr. Kaefer fragte nach, wann der Messanzeiger in der Braunschweiger Straße in Betrieb gehen würde. **Frau Warneke** antwortete, dass es technische Probleme gäbe. Sonst würde in der Anzeige 30 km angezeigt, nun müsse auf 20 km umgestellt werden, teilte sie mit.

Einwohnerfragestunde

Es waren keine EinwohnerInnen anwesend.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin